



Foto: Imago Images/YAY Images

Das abgehobene Leben mancher Schönen und Superreichen - Marlene Engelhorn möchte es so nicht haben, sondern hält eine höhere Besteuerung Wohlhabender auch für die Gemeinschaft für unerlässlich.

Wenn Reiche mehr Steuern zahlen wollen

INTERVIEW Marlene Engelhorn gehört zur Initiative „taxmenow“. Die Erbin erklärt, warum sie gern auf einen Großteil ihres Wohlstands verzichtet.

Sie kommt gerade zurück aus Davos. Und berichtet über das Treffen der Reichen. Marlene Engelhorn ist selbst reich, aber für eine stärkere Besteuerung der Wohlhabenden mit der Initiative „taxmenow“ (Besteuert mich jetzt).

Wie war Ihr Eindruck vom WEF, dem Weltwirtschaftsforum?

Es ist absurd. Reiche und Mächtige sperren sich in einem schwer zugänglichen Schweizer Alpendorf ein. Oder fliegen mit ihrem Privatjet ein. Beraten über die Aufteilung der Welt und bleiben unter sich. Das geht einfach nicht. Sie müssten über eine Sache reden: Steuern, Steuern, Steuern. Steuern auf Vermögen zum Beispiel. Weil Vermögensungleichheit maßgeblich die Verwüstung des Planeten antreibt. Wie das momentan abläuft, ist es naiv und unglaublich respektlos. Wenn wir ein Weltwirtschaftsforum hätten, das tatsächlich die Wirtschaft auf der ganzen Welt bespräche, in größeren Zentren und mit Beteiligung des globalen Südens samt der Zivilgesellschaft - das wäre ideal. Aber dieses Schweizer Alpentheater führt zurück hinter unser Verständnis von Demokratie und Teilhabe. Furchtbar.

60 Unterstützer hat taxmenow - aber es gibt natürlich viel, viel mehr Superreiche. Wie reagieren die auf Ihre Initiative? Sagen die: Geht's noch?

Unterschiedlich. Zum einen kenne ich da keineswegs alle. Und die, die ich kenne, sind mit unserer Forderung einverstanden. Einige wollen nicht in der Öffentlichkeit sagen, dass sie uns unterstützen. Wobei das völlig egal ist: Es geht um eine politische Entscheidung, die wir fordern und die dann alle mitzutragen haben. Man fragt ja auch echt niemanden sonst, ob er gern Steuern zahlt.

Immer wenn die Debatte über höhere Steuern auf Vermögen geführt wird, folgt das Standardargument: Dann

ZUR PERSON

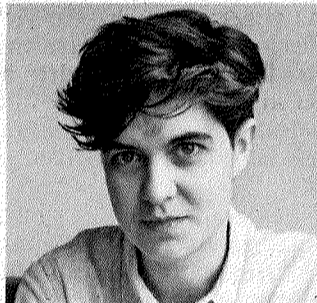


Foto: Lorena Sendic Silveira

Marlene Engelhorn [30] ist eine Nachfahrin des BASF-Firmengründers Friedrich Engelhorn. Die Wienerin erbt einen zweistelligen Millionenbetrag. Dafür muss sie keine Steuern zahlen, da es in Österreich seit 2008 keine Erbschaftsteuer mehr gibt. Das empört Engelhorn. Daher gründete sie die Initiative taxmenow (Besteuert mich jetzt) mit.

kommt es zur Steuerflucht, dann sind die Reichen weg... Ein Totschlagargument?

Ja. Wir besteuern ja auch Arbeit, obwohl es Schwarzarbeit gibt. Zudem könnten wir Steuerflucht zu einer Straftat machen und Gesetze ändern. Dann ist es eine ganz andere Nummer, ob man legale Steuervermeidung betreibt oder Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Dann könnte man den Steuer-Status an die Staatsbürgerschaft knüpfen. Das haben die USA gemacht. Und kaum jemand gibt seine Staatsbürgerschaft einfach so ab, nur damit er Vermögen in einem Steuersumpf parken kann. Zudem: Viele Vermögenswerte sind real. Sie können schlecht Ihre Fabrik oder Ihren Wald in den Rucksack packen und auswandern. Viele sind durchaus verwurzelt in ihrer Heimat.

Zahlen Sie gern Steuern?

Ja. Es ist einfach wichtig, anzuerkennen: Steuern sind ein Beitrag zur Gemeinschaft, zur öffentlichen Infrastruktur und den Dienstleistungen, die unseren Wohlstand ausmachen.

Alle leisten ihren Beitrag. Man sollte verurteilen, dass es Menschen gibt, die dies nicht machen wollen, obwohl sie maßgeblich profitieren. Gerade im Unternehmensbereich nutzen Wohlhabende die für sie ganz wichtige Infrastruktur.

Sie schreiben: „Es ist eine Lüge, dass Arbeit reich macht.“ Für Deutschland trifft das mehr und mehr zu: Eine Normalfamilie hat ohne Erbe kaum die Chance, Wohneigentum zu erwerben...

Eine logische Konsequenz von Vermögensungleichheit, wenn sich also immer mehr Vermögen bei immer weniger Menschen konzentriert. Fast alle Vermögenden haben Angst, ihr Vermögen zu verlieren. Deswegen neigen sie dazu, es immer weiter zu vermehren, indem sie Vermögen aufkaufen. Ganz banal: Reiche Familien kaufen den armen Familien die Häuser weg. Und umso weniger bleibt übrig für Menschen, die durch Arbeit versuchen, ihre Existenz nicht nur zu sichern, sondern auch angenehm und würdevoll zu gestalten. In der Regel wird man nur reich, wenn man schon reich geboren ist - nicht über Arbeit. Da müssen wir Ungleichheit reduzieren, und das geht am besten über Steuern, auch wenn das so unsexy wirkt.

Auch deshalb, weil Steuerzahlen schlechteredet worden ist? Durchaus. Da muss man unterscheiden

den zwischen Regierung und Staat - zu letzterem gehören alle, die im öffentlichen Dienst arbeiten. Aber wenn eine Regierung Mist baut, sehe ich schon ein, dass man sie zur Not abwählt. Das ist der Vorteil der Demokratie. Wobei man feststellen muss: Der Staat macht mit Steuern auch sehr viel Gutes. In Österreich hebt er jährlich eine Million Menschen über die Armutsschwelle. Wir brauchen einen klaren Prozess, der zeigt, wofür und wohin warum Steuern fließen, um Ungleichheit abzubauen. Denn Ungleichheit schadet nicht nur den 99 Prozent der Nicht-Superreichen, sondern auch dem einen überreichen Prozent. Ich jedenfalls möchte nicht so viel besser gestellt sein als andere, will auf Augenhöhe leben - auch auf Vermögensebene.

Sie schreiben von den Privilegien der Superreichen und ihrem viel höheren CO₂-Abdruck. Ist das ein akzeptables Verhalten?

Es ist unfair, undemokratisch, gesellschaftsfeindlich. Fairness ist ein vernachlässigtes Ziel der Politik. Blicken wir auf den überdimensionierten CO₂-Ausstoß der Reichen: Es

geschieht wenig dagegen. Nur zwei Prozent der gestifteten Gelder gehen in Klimaschutz. Den meisten Reichen ist die Krise scheinbar egal. Sie könnten die Welt „retten“ - wenn es ihnen wichtig genug wäre. Da ist Verantwortung in falschen Händen.

Was sind Ihre konkreten Forderungen?

Wir wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Deutschland. Die ganzen absurden Ausnahmen in der Erbschafts- und Schenkungssteuer sollten raus. Bisher zahlen Überreiche weniger als andere. Wir fordern eine progressive

Kapitalertragssteuer. Dazu brauchen wir auch eine bessere Ausstattung der Finanzbehörden. Wir schnüffeln denen hinterher, die Transferleistungen beziehen - zu selten denen, die das System tatsächlich ausbeuten, etwa durch Steuerhinterziehung. Wir wollen demokratische Umverteilung durch Steuergerechtigkeit.

Wann sagten Sie sich: Ich schließe mich der Initiative an?

Da wirkte mehr zusammen. Die Ankündigung der riesigen Erbschaft hat da viel beschleunigt. Ich musste schauen, ob ich ein Rückgrat hab' oder nur hübsche Gedanken zu sozialer Gerechtigkeit. Dann entstand die Gruppe taxmenow, die ich mit anderen Vermögenden gründete. Da bündeln wir unsere Stimmen für mehr Besteuerung der Reichen, um mehr gehört zu werden.

Sie möchten, dass ein Großteil Ihres Erbes besteuert wird. Was wollen Sie mit dem Rest machen?

Ich spreche immer von mindestens 90 Prozent, die zu besteuern sein sollten. Idealerweise kommt das so. Der Rest geht zurzeit ja schon in meine Lebensführung - ich arbeite momentan zwar, bin aber nicht erwerbstätig. Dann hoffe ich, später mal das machen zu können, was ich mit dem Studium vorhatte: im Lektorat zu arbeiten. Mal schauen...

INTERVIEW: ALEXANDER JUNGKUNZ

OXFAM-STUDIE ÜBER WOHLSTANDSVERTEILUNG

Kluft zwischen Arm und Reich wuchs

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos ist auch ein Ort, an dem unbequeme Zahlen präsentiert werden - das tat die Organisation Oxfam zum Auftakt.

Seit Beginn der Coronapandemie entfallen demnach rund zwei Drittel des weltweiten Vermögenszuwachses auf das reichste Prozent der

Weltbevölkerung. Gleichzeitig lebten 1,7 Milliarden Arbeitnehmer in Ländern, in denen die Lohnentwicklung die Inflation nicht ausgleicht.

Erstmals seit 25 Jahren hätten extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig zugenommen. Das geht aus der Studie „Survival of the Richest“ (Überleben der

Reichsten) hervor, die Oxfam anlässlich des Weltwirtschaftsforums vorlegte. Vor diesem Hintergrund fordert Oxfam die Regierungen auf, diesem Trend mit Steuern auf Übergewinne und hohe Vermögen entgegenzutreten. Auch „taxmenow“ zielt in diese Richtung. Oxfam griff die Forderung der Gruppe auf. vnp